

# Fraktion direkt

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag



## Zur Lage

# Vom Aufschwung profitieren alle

## Die Politik der Union wirkt

Die deutsche Wirtschaft bleibt im Aufschwung. Dies ist die Nachricht der Woche. Nach den Rekordzahlen des vergangenen Jahres können wir – wie uns die Wirtschaftsforscher gesagt haben – auch 2011 mit einem kräftigen Wachstumsplus rechnen.

Davon werden die Unternehmen profitieren, aber vor allem auch die Arbeitnehmer. Die Zahl der Arbeitslosen wird weiter sinken. Die Löhne können hoffentlich in den meisten Unternehmen steigen. Auch der Staat kann sich freuen, denn jeder Arbeitslose weniger entlastet die sozialen Sicherungssysteme. Dennoch sollten wir auf dem Teppich bleiben. Selbst wenn die Steuereinnahmen ebenfalls steigen, hat die Haushaltssanierung weiterhin Vorrang.

Insgesamt kann man sagen: Deutschland hat die Finanz- und Wirtschaftskrise überwunden. Das ist in erster Linie eine Leistung der Arbeitnehmer und der Unternehmen. Aber auch die unionsgeführten Bundesregierungen haben ihren Anteil. Die Anti-Krisenpolitik von Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich ausgezahlt. Oberstes Ziel unserer Politik muss jetzt sein, alles zu unternehmen, damit diese positive Entwicklung anhält. Wir müssen dafür sorgen, dass Deutschland seinen hervorragenden Platz in der Welt halten kann.

## „Die Visa-Warndatei kommt“

Erfreulich ist, dass wir in der Koalition in dieser Woche in der Innen- und Rechtspolitik einen Schritt vorangekommen sind. Die von der Union lange geforderte Visa-Warndatei wird eingeführt. Damit kann die Einreise von Straftätern in die Bundesrepublik besser verhindert werden.

Natürlich ist die christlich-liberale Koalition damit in diesem Bereich noch nicht am Ende der Diskussion. Nach den Gesprächen im Koalitionsausschuss gehen wir davon aus, dass die Anti-Terrorgesetze verlängert werden. Auch muss eine Lösung bei der Mindestspeicherung von Telekommunikationsdaten erreicht werden.



Volker Kauder  
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Sicher hätten wir uns als Fraktion gewünscht, dass die Ermittlungsbehörden zur Bekämpfung der Kinderpornografie neben dem Löschen auch die Möglichkeit des Sperrens von entsprechenden Internet-Seiten erhalten hätten. Allerdings muss man in einer Koalition immer Kompromisse eingehen.

Die Einigung im Koalitionsausschuss ist umso höher zu bewerten, als unser Koalitionspartner turbulente Tage hinter sich hat. Mit ihrem künftigen Vorsitzenden Philipp Rösler hat in der FDP eine neue Generation Verantwortung übernommen. Der Koalition wird dies gut tun.

*Wollen herüber*

## Inhalt

Vom Aufschwung profitieren alle	1
Energiewende: Deutschland kann weltweit Vorbild werden	2
Den Patienten in den Mittelpunkt stellen	3
„Welches Risiko sind wir bereit zu tragen?“	4
Deutschland setzt sich für deutliche Abrüstungsschritte ein	5
Deutsche Welle präsentiert Deutschland der Weltöffentlichkeit	5
Finanzinstitute in der Pflicht	6
Investmentfondsgeschäft soll wettbewerbsfähiger werden	6
Emissionszertifikate werden künftig weitgehend versteigert	7
Frisch gebloggt	7
Nordafrika und der Nahe Osten im Umbruch	8
„Wir nehmen künftige EU-Beitrittskandidaten genau unter die Lupe“	9
Letzte Seite	10

## Impressum

Herausgeber  
Peter Altmaier MdB  
Stefan Müller MdB  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack  
Redaktion: Claudia Kemmer (verantwortl.)

Telefon (030) 227 53015  
Telefax (030) 227 56660  
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

## Kommentar

# Energiewende: Deutschland kann weltweit Vorbild werden

## Atomausstieg funktioniert nicht per Knopfdruck



Peter Altmaier  
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer

Nach der fundamentalen Zäsur von Fukushima hat die Bundeskanzlerin die Ethikkommission eingesetzt, um grundsätzlich zu erörtern, wie man weiterhin mit den Risiken der Kernenergie umgehen soll. Das Nachdenken über die Kernkraft hat alle gesellschaftliche Gruppen erfasst, und es besteht jetzt kein Zweifel mehr, dass wir das Zeitalter der erneuerbaren Energie schneller erreichen werden.

Wir werden diesen Weg nicht überhastet verfolgen, sondern auf der Grundlage klarer Fahrpläne. Endgültige Entscheidungen werden erst mit Ablauf des Moratoriums getroffen werden, aber schon jetzt ist klar, dass wir den Ausstieg aus der Kernenergie beschleunigen werden und schneller auf die erneuerbaren Energien umsteigen.

Wie lange Kernenergie höchstens noch erzeugt werden wird, ist eine Entscheidung, die allein im Parlament getroffen wird. Deshalb hat diese Woche eine Arbeitsgruppe der Koalitionsfraktionen die Arbeit aufgenommen mit dem Ziel, alle Aspekte der Energiewende zu erörtern und das Energiekonzept fortzuentwickeln. Dabei geht es nicht nur um die Entwicklung von Technologien zur Erzeugung von Energie, sondern auch um das Problem des Energietransports, um das

Problem der Eingriffe in Natur und Landschaft und um die Kosten für den Umbau der Energieversorgung. Denn die Energiewende selbst muss umweltverträglich und bezahlbar sein, um Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhalten und unseren starken wirtschaftlichen Aufschwung nicht zu gefährden.

Der Atomausstieg funktioniert nicht per Knopfdruck. Es ist klar, dass Deutschland in den kommenden Jahren mit Kohle und Gas und mit Anschubkosten für die Energiewende leben muss – und bisweilen auch mit Strom aus dem Ausland. Damit sollte man gelassen umgehen, denn die aktuell vermehrten Importe sind nicht etwa einer plötzlichen Stromknappheit in Deutschland geschuldet, sondern der Tatsache, dass Importstrom für die Stromhändler in den letzten Tagen wegen der geringeren Menge billigen Atomstroms aus deutschen Atomkraftwerken günstiger war.

Ziel eines vorgezogenen Atomausstiegs wird keineswegs sein, Atomstrom durch Stromimporte zu ersetzen. Deshalb erwarten wir bei Finanzierung und Genehmigungsverfahren der zukünftigen Energieumbauprojekte eine gesamtgesellschaftliche Kooperation. Das betrifft Opposition, Industrie, Länder und Kommunen. Dazu gehört auch eine nationale Kraftanstrengung zur Erhöhung der Energieeffizienz. Rückzahlbare Finanzierungszuschüsse für Investitionen in energiesparende Anlagen in Gebäuden wären sinnvolle Investitionspolitik: Der Umstieg unter Beachtung der Klimaschutzziele käme in wirklich greifbare Nähe. Arbeitsplätze, höhere Steuereinnahmen und Forschungsimpulse wären willkommene Nebeneffekte.

Die Energiewende eröffnet die Chance, unseren Technologiekompetenzvorsprung in einem globalen Zukunftsmarkt auszubauen und damit unseren Wirtschaftsaufschwung anhaltend zu befeuern. Deutschland hat die Chance, weltweit Vorbild zu werden.

# Den Patienten in den Mittelpunkt stellen

## Bundestag debattiert Rahmenprogramm Gesundheitsforschung – Ergebnisse der klinischen Forschung schneller in die Regelversorgung bringen

Forschungsergebnisse sollen in Zukunft schneller und wirksamer aus der Grundlagen- und der klinischen Forschung in die medizinische Regelversorgung kommen. Der Bundestag debattierte am Donnerstag das Rahmenprogramm Gesundheitsforschung der Bundesministerin für Bildung und Forschung. Es stellt dar, wie die Bundesregierung die Gesundheitsforschung an Hochschulen, Universitätskliniken, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und in der Wirtschaft fördert. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Michael Kretschmer sagte im Plenum, Ziel des Programms sei es, die Gesundheitsforschung zum Patienten zu bringen. Die Gesundheitsforschung müsse den Patienten in den Mittelpunkt stellen.

Dieser Prozess der Nutzbarmachung von Erkenntnissen der Grundlagenforschung für die medizinische Praxis – in der Medizin-Forschung als Translation bezeichnet – wird durch das neue Programm beschleunigt. Da-

bei werde die Qualität der Forschung nicht leiden, sondern solle noch erhöht werden, bekräftigte Kretschmer. Bundesforschungsministerin Annette Schavan betonte, eines der zentralen Merkmale des Rahmenprogramms sei die Internationalisierung. Das neue Programm hat eine Laufzeit von acht Jahren.

### Volkskrankheiten besser erforschen

Volkskrankheiten sollen in neuen Zentren der Gesundheitsforschung besser erforscht werden. Im Jahr 2009 wurden bereits das „Deutsche Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen“ und das „Deutsche Zentrum für Diabetesforschung“ gegründet. Nun folgen vier weitere Zentren in den Bereichen Herz-Kreislauf-Forschung, Infektionsforschung, Krebsforschung und Lungenforschung.

Damit werden Strukturen des Wissenschaftssystems aufgebrochen, da die jeweils besten Forschungsgruppen aus Hochschulmedizin und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zusammengebracht und langfristig gefördert werden. Wissenslücken werden geschlossen und Prävention, Diagnose und Therapie verbessert.

Weitere Aktionsfelder des Rahmenprogramms sind individualisierte Medizin, Präventions- und Ernährungsforschung, Versorgungsforschung, Gesundheitswirtschaft und Gesundheitsforschung in globaler Kooperation. Zu allen Aktionsfeldern werden in nächster Zeit neue Fördermaßnahmen gestartet.

### Mehr als 5,5 Milliarden Euro Förderung

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) stellt für die Deutschen Zentren der Gesundheitsforschung in den nächsten vier Jahren mehr als 500 Millionen Euro zur



Mensch, Körper und Proportionen © ag visuell – fotolia.com

Verfügung, für die Aktivitäten der Projektförderung mehr als 1,5 Milliarden Euro. Hinzu kommen erhebliche Beträge für die institutionelle Förderung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen durch das BMBF im Bereich der Gesundheitsforschung und für die Förderung der Gesundheitsforschung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft. Insgesamt stellt das BMBF der Gesundheitsforschung damit in den nächsten vier Jahren mehr als 5,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Hinzu kommen seitens des Bundes weitere erhebliche Ausgaben anderer Ressorts für Projektförderung, institutionelle Förderung und Ressortforschung.

### Was sind Volkskrankheiten?

Als Volkskrankheiten werden besonders weit verbreitete Krankheiten oder Krankheiten mit hoher Sterblichkeitsfolge bezeichnet. Dies sind beispielsweise Krebs, Herz-Kreislauf-, Stoffwechsel-, Infektions-, Lungen- oder neurodegenerative Erkrankungen. Dazu zählen aber auch psychische, muskuloskeletale oder allergische Erkrankungen. Es handelt sich dabei um sogenannte Zivilisationskrankheiten, um Infektionskrankheiten oder um Erkrankungen, die erst mit gestiegenem Lebensalter sehr häufig auftreten.

Wenn man den Blickwinkel nicht auf Deutschland beschränkt, muss man als Volkskrankheiten auch sogenannte vernachlässigte und armutsassoziierte Krankheiten wie Malaria bezeichnen, die in tropischen Regionen sehr viele Menschen betreffen.

# „Welches Risiko sind wir bereit zu tragen?“

Der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Christian Ruck zur Energiepolitik nach Fukushima - Breiter gesellschaftlicher Konsens angestrebt



Christian Ruck  
Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Nach der Katastrophe im japanischen Kernkraftwerk Fukushima hat die Bundesregierung ihre Energiepolitik auf den Prüfstand gestellt. Zwei Kommissionen sollen sie dabei unterstützen, die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen: die Kommission für Reaktorsicherheit und eine Ethik-Kommission, in der die wichtigsten gesellschaftlichen Gruppen vertreten sind. Welche neuen Einsichten erhoffen Sie sich von den beiden Kommissionen?

Ruck: In Japan sind zwei Naturkatastrophen gleichzeitig über die Menschen hereingebrochen und haben die Reaktorkatastrophe verursacht. Wir müssen uns jetzt anschauen, ob unsere deutschen Sicherheitsbestimmungen auch solche sich summierenden Szenarien berücksichtigen, konkret etwa einen Stromausfall und gleichzeitig ein Hochwasser. Und wir müssen diskutieren, welches Risiko wir bereit sind zu tragen, um unsere Energieversorgung zu gewährleisten. Diese Frage müssen wir nach Möglichkeit in einem breiten gesellschaftlichen Konsens beantworten.

Auf welche Weise werden die Koalitionsfraktionen einbezogen?

Ruck: Wir haben eine gemeinsame Arbeitsgruppe der Koalitionsfraktio-

nen unter Vorsitz der beiden Fraktionsvorsitzenden und der Landesgruppenvorsitzenden eingerichtet, um die Arbeit der Bundesregierung zu begleiten und unsere Vorstellungen einzubringen.

Ist es vorstellbar, dass die bereits abgeschalteten acht Meiler nicht wieder ans Netz gehen?

Ruck: Natürlich ist das denkbar, etwa wenn sicherheitstechnische Nachrüstungen zu teuer sind. Wir haben noch Reserve-Kraftwerke zur Nutzung fossiler Energien, und gegebenenfalls können wir auf Importstrom zurückgreifen, um Lücken zu schließen und das Stromnetz stabil zu halten. Allerdings hat das Konsequenzen für unsere Klimapolitik und die Strompreise. Und dass der Importstrom wie in den letzten Tagen hauptsächlich aus Tschechien und Frankreich – mit ihrem hohen Anteil an Kernenergie – kommt, kann auf die Dauer auch nicht die Konsequenz aus unserem eigenen Ausstieg aus der Kernenergie sein.

Welche Voraussetzungen müssen geschaffen werden, um die Brücke ins Zeitalter der erneuerbaren Energien zu verkürzen?

Ruck: Wir müssen an vielen Stellen genau prüfen, ob und wie wir die Entwicklung beschleunigen können.

Zum Beispiel brauchen wir ein anderes Stromnetz; das vorhandene Netz ist nicht auf den Ausbau der erneuerbaren Energien ausgerichtet. Wir brauchen Stromspeicher, die den Wind- und Photovoltaikstrom in dem Fall aufnehmen, dass zwar der Wind weht und die Sonne scheint, aber keiner den Strom braucht – und umgekehrt. Wir müssen viel mehr tun, um Energie zu sparen. Beispiel Wärmeversorgung: Hier können wir durch bessere Gebäudedämmung noch sehr viel erreichen.

## „Die Energiewende gibt es nicht zum Nulltarif“

Wenn der Umstieg auf Erneuerbare beschleunigt werden soll, welche Kosten kommen dann auf die Wirtschaft und die Verbraucher zu?

Ruck: Die Energiewende gibt es nicht zum Nulltarif. Aber die Preise dürfen nicht davonlaufen – weder für die Haushalte noch für die Unternehmen mit Blick auf die Arbeitsplätze. Wir müssen deshalb sehr darauf achten, dass wir unsere energiepolitischen Ziele mit den vernünftigsten Maßnahmen erreichen.

### Koalitionsarbeitsgruppe zur Energiewende

Die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP haben ihre eigene Arbeitsgruppe zur Energiewende eingesetzt. Sie soll die beiden Regierungskommissionen zur Reaktorsicherheit und für ethisch-gesellschaftliche Fragen in ihrer Arbeit unterstützen und ergänzen. Die Arbeitsgruppe steht unter Leitung der Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder und Birgit Homburger sowie der CSU-Landesgruppenvorsitzenden Gerda Hasselfeldt. Von Unionsseite nehmen die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Christian Ruck, Michael Fuchs und Michael Meister sowie die umweltpolitische Sprecherin Marie-Luise Dött, der energiepolitische Sprecher Thomas Bareiß und sein Stellvertreter Georg Nüßlein teil.

Mit der künftigen Energieversorgung und Energieforschung in Deutschland befasst sich die Unionsfraktion auch in einer fraktionsoffenen Sitzung am kommenden Dienstag, zu der sie namhafte Wissenschaftler eingeladen hat, darunter Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung und Ortwin Renn von der Universität Stuttgart.

## Deutschland setzt sich für deutliche Abrüstungsschritte ein

### Bundestag debattiert Jahresabrüstungsbericht 2010

Abrüstungspolitik ist ein wichtiger Teil kluger Sicherheitspolitik. Weltweite Abrüstung und Rüstungskontrolle sind daher vorrangige Ziele, die die christlich-liberale Koalition im Rahmen ihrer wertebundenen Außenpolitik verfolgt. Nicht erst seit der richtungsweisenden Rede von US-Präsident Barack Obama in Prag im April 2009 hat Deutschland sich nachdrücklich für sichtbare Abrüstungsschritte eingesetzt. Der in dieser Woche im Bundestag diskutierte Jahresabrüstungsbericht 2010 zeigt die wichtigsten Entwicklungen des vergangenen Jahres auf.

Zentrales Ereignis der Berichtsperiode war die Überprüfungskonferenz des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrags (NVV) im Mai in New York, auf der ein Aktionsplan angenommen wurde. Um diesen voranzutreiben, hat die Bundesregierung die neue Gruppe „Freunde

des NVV“ mit gegründet, die sich 2011 in Berlin treffen wird.

In der „Globalen Partnerschaft“ – einer Initiative der G8 gegen Massenvernichtungswaffen – hat sich Deutschland ebenfalls stark engagiert: Unter anderem wurde der Bau einer dritten von Deutschland mitfinanzierten Anlage zur Vernichtung chemischer Waffen in Russland Ende 2010 abgeschlossen. Nicht zuletzt dank des deutschen Einsatzes hat die NATO die Bereiche Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung in ihr neues Strategisches Konzept aufgenommen und einen eigenen Abrüstungs- und Rüstungskontrollausschuss eingerichtet. Die Bundesregierung wird den Diskussionsprozess um die Ausgestaltung der künftigen nuklearen Abschreckung der NATO in diesem Jahr vorantreiben.

Die Herausforderungen bleiben groß:

Die internationale Gemeinschaft fordert vor allem von Syrien, Nordkorea und dem Iran vehement, dass sie sich endlich zur ausschließlich friedlichen Nutzung der Kernenergie und zur Nichtverbreitung von Kernwaffen bekennen. Abrüstungspolitik wird daher auch 2011 im Fokus der Außen- und Sicherheitspolitik bleiben.



Quelle: UN Photo/Michos Tzovaras

## Deutsche Welle präsentiert Deutschland der Weltöffentlichkeit

### Aufgabenplanung des Auslandssenders bis 2013

Im medialen Wettbewerb um die Meinung der Weltöffentlichkeit will sich Deutschland möglichst herausragend positionieren. Als deutscher Auslandssender kommt die Deutsche Welle dieser Aufgabe nach: Auf ihren unterschiedlichen Übertragungswegen erreicht sie wöchentlich rund 86 Millionen Menschen weltweit. Doch die Konkurrenz nimmt zu: Immer mehr Nationen präsentieren sich vor allem mit Fernsehsendern außerhalb des eigenen Kulturkreises und vermitteln ihre politische Sicht des Weltgeschehens. Sie machen Werbung für ihren eigenen Wirtschaftsstandort, für ihre Kultur und Lebensweise.

Damit die Deutsche Welle diese Aufgaben erfüllen kann, erhält sie derzeit einen Bundeszuschuss von 273 Millionen Euro jährlich. Die „Welle“ ist als einziger steuerfinanzierter Rundfunksender der größte Posten im Etat des

Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsminister Bernd Neumann. Nach massiven Kürzungen unter Rot-Grün wurde der Haushalt der Deutschen Welle von den anschließenden unionsgeführten Bundesregierungen stabilisiert.

#### Verpflichtung zur Förderung der deutschen Sprache

Ein verändertes Nutzungsverhalten der Zuschauer und neue Techniken machen eine Reform des Senders jedoch unumgänglich. Mit dem auf absehbare Zeit nicht steigenden Etat wird die Deutsche Welle auskommen müssen, um ihre regionalen und inhaltlichen Schwerpunkte zu setzen. Sie wird sich von bestimmten Übertragungswegen wie beispielsweise der Kurzwelle in einigen Regionen der Welt – etwa in Südosteuropa – verab-

schieden müssen. Neben der Konzentration auf Kernregionen steht auch eine Verschlankung der redaktionellen Strukturen an. Die Aufgabenplanung des Senders von 2010 bis 2013 ist von der Bundesregierung und – auf Initiative der CDU/CSU-Fraktion – am Donnerstag vom Deutschen Bundestag bestätigt worden.

In der Bundestags-Entscheidung wird die gesetzliche Verpflichtung des Senders zur Förderung der deutschen Sprache betont. Auch die Bedeutung der Journalistenausbildung der DW-Akademie für die Entwicklungshilfe und wirtschaftliche Zusammenarbeit wird herausgestellt. Um die Programmressourcen der Deutschen Welle zu erhöhen, fordert die Koalition eine erhebliche Verstärkung der Kooperation mit ARD, ZDF und dem Deutschlandradio Kultur.

## Finanzinstitute in der Pflicht

### Bankenabgabe zur Bewältigung künftiger Krisen

Mit der neuen Bankenabgabe, die Finanzinstitute erstmalig zum 30. September 2011 leisten müssen, beteiligt die christlich-liberale Koalition diese an den Kosten künftiger Finanzkrisen. Durch die Abgabe werden zukünftig primär die Banken und nicht mehr die Steuerzahler belastet.

Der Deutsche Bundestag hat diese Verordnung der Bundesregierung zur Bankenabgabe am Donnerstag zur Kenntnis genommen. Mit der Bankenabgabe haben die Koalitionsfraktionen den entscheidenden Schritt gemacht, für die Bewältigung zukünftiger Krisen die Banken in die Pflicht zu nehmen. Für das Inkrafttreten der neuen Regelungen muss noch der Bundesrat zustimmen. Die Beschlussfassung des Bundesrates ist für den 27. Mai 2011 vorgesehen.

#### Mindestbeitrag und Zumutbarkeitsgrenze

Je größer eine Bank und je stärker sie mit anderen Banken vernetzt ist, desto höher ist die Abgabe. Es gibt aber auch eine Zumutbarkeitsgrenze; sie liegt bei 15 Prozent des Jahresüberschusses. Ein Mindestbeitrag ist immer fällig; er beträgt fünf Prozent der



© Roman Levin - Fotolia.com

regulären Bankenabgabe. Banken, die aus diesen Gründen die Abgabe in einem Jahr nicht vollständig zahlen müssen, müssen die fehlenden Beiträge nachzahlen.

Die jährliche Bankenabgabe fließt in einen neu errichteten Fonds (Restrukturierungsfonds). Dieser Fonds wird von der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) verwaltet. Er hat eine Zielgröße von 70 Milliarden Euro. Hierdurch entstehen finanzielle Rücklagen für den Fall neuer Finanzkrisen. Aus dem Fonds sollen die künftigen Restrukturierungs- und Abwicklungsmaßnahmen bei systemrelevanten Banken finanziert werden.

## Investmentfondsgeschäft soll wettbewerbsfähiger werden

### Anleger werden besser informiert

Die christlich-liberale Koalition entwickelt das Aufsichtsrecht für Investmentfonds fort. Das Gesetz, das der Bundestag am Freitag in 2./3. Lesung beschlossen hat, ermöglicht den Kapitalanlagegesellschaften, ihr Investmentfondsgeschäft wettbewerbsfähiger auszugestalten. Außerdem wird für den Schutz der Investmentfondsanleger ein höherer Standard bei den Anlegerinformationen erreicht. Mit dem Gesetz wird gleichzeitig die Novellierung der europäischen Investmentfondsrichtlinie in nationales Recht umgesetzt.

Nach den neuen Regelungen sollen Anleger künftig ein kurzes Dokument mit den wesentlichen Informationen erhalten. Durch dieses Dokument sollen sie in die Lage versetzt werden, eine fundierte Entscheidung zu treffen, ohne sich zusätzliche Informationen beschaffen zu müssen.

Außerdem wird die Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht gestärkt, indem der Informationsaustausch zwischen der Bundesanstalt und den Aufsichtsbehörden anderer EU-Mitgliedstaaten erleichtert wird. Das ist vor allem in den Fällen von Bedeutung, in denen Investmentfonds von einer ausländischen Aufsichtsbehörde überwacht, aber in Deutschland vertrieben werden.

#### Grenzüberschreitende Verbesserungen

Das Gesetz enthält außerdem eine Reihe von Regelungen, mit denen das Investmentfondsgeschäft erleichtert wird, ohne die Regulierungs- und Aufsichtsstandards abzusenken. So wird zum Beispiel eine grenzüberschreitende Portfolioverwaltung ermöglicht und der grenzüberschreitende Vertrieb von Anteilen an europäischen

Investmentfonds erleichtert. Die Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Fondsverschmelzung werden verbessert.

#### Rahmenbedingungen für Mikrofonds verbessert

Das Gesetz verbessert auch die Rahmenbedingungen für Mikrofinanzfonds. Restriktive aufsichtsrechtliche Vorgaben, die sich als Hemmschwellen für die Auflegung und die Investition in Mikrofinanzfonds erwiesen haben, werden mit dem Gesetz abgebaut.

Schließlich wird der Kapitalertragsteuerabzug geändert, um missbräuchliche Steuergestaltungen im Zusammenhang mit Leerverkäufen zu verhindern.

Der Bundesrat befasst sich am 27. Mai mit dem Gesetz, das am 1. Juli 2011 in Kraft treten soll.

# Emissionszertifikate werden künftig weitgehend versteigert

## Bundestag berät über weitreichende Änderungen im europäischen Emissionshandel ab 2013

Im europäischen Emissionshandel wird es künftig weitreichende Änderungen geben. Der Bundestag beriet in dieser Woche in erster Lesung die Novelle des Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes (TEHG), mit der die geänderte EU-Richtlinie in nationales Recht umgesetzt wird. So wird künftig die Gesamtemissionsmenge für den EU-weiten Handel kontinuierlich gesenkt. Zusätzlich werden der Luftverkehr ab 2012 und weitere emissionsintensive Industriebranchen ab 2013 in den Emissionshandel einbezogen. Das europäische Emissionshandelsystem ist ein zentrales Instrument der europäischen und nationalen Klimaschutzpolitik.

### Erlöse fließen in Klimafonds

Für den gesamten Stromsektor wird es ab 2013 keine kostenlosen Zuteilungen von Zertifikaten mehr geben.

Kraftwerke müssen die Emissionszertifikate voll und ganz ersteigern. In der neuen Handelsperiode werden fünfmal mehr Zertifikate jährlich versteigert als in der laufenden Handelsperiode. Ein Großteil der Erlöse aus der Versteigerung fließt in den „Energie- und Klimafonds“.

### Bürokratische Entlastung von Kleinanlagen

Kleinanlagen mit Emissionen von weniger als 25.000 Tonnen CO<sub>2</sub>-Ausstoß jährlich können auf Antrag von der Teilnahme am Emissionshandel befreit werden, wenn sie im Gegenzug Verpflichtungen übernehmen. Dabei können sie entscheiden, ob sie entweder einen Ausgleichsbetrag für den ersparten Zukauf von Emissionszertifikaten zahlen oder eine Selbstverpflichtung zur Verbesserung der CO<sub>2</sub>-Effizienz der Anlage eingehen.

Auf diese Weise werden sie vom bürokratischen Aufwand, den das Emissionshandelssystem mit sich bringt, entlastet.

Die Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern bleibt im Prinzip unverändert. Die Landesbehörden bleiben zuständig für die Emissionsgenehmigung, mit der festgestellt wird, ob und mit welchen Anlagenteilen eine Anlage in den Emissionshandel einbezogen wird. Die Emissionsüberwachung wird allerdings künftig bundeseinheitlich vom Umweltbundesamt vollzogen.

Eine zeitnahe Verabschiedung der TEHG-Novelle in 2./3. Lesung ist unbedingt erforderlich, weil die Einbeziehung der neuen industriellen Tätigkeiten Vorlauf braucht. Bereits jetzt müssen Entscheidungen über den Überwachungsplan und die kostenlose Zuteilung von Berechtigungen getroffen werden.

## Fraktion 2.0

# Frisch gebloggt

Auf [blogfraktion.de](http://blogfraktion.de) bezieht die CDU/CSU-Bundestagsfraktion Stellung zu aktuellen Themen. Abgeordnete und Gastautoren äußern sich pointiert und tauschen ihre Meinungen mit den Lesern aus: In bereits über 100 Beiträgen werden parlamentarische Themen seit März 2009 direkt diskutiert.

### Wirtschaftswachstum: Keine Antwort auf die Sinnfrage

Der Sozialwissenschaftler Meinhard Miegel meint, „die Grenzen des bisherigen Wirtschafts- und Lebensmodells sind sichtbar geworden“. Für das 21. Jahrhundert brauche es einen neuen Wohlstands- und Wachstumsbegriff – was Ludwig Erhard bereits vor 50 Jahren angedacht habe. Dafür setzt sich Miegel als Sachverständiger der neuen Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften

und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ ein. [Ziele und Struktur dieser Kommission](#) erläuterte der Obmann der Unionsfraktion, der CSU-Abgeordnete Georg Nüßlein, am 24. März.



### Revolution in der arabischen Welt – Die Entwicklungspolitik ist gefordert

Um die Völker im Nahen Osten in ihrem Streben nach Freiheit zu unterstützen, braucht es nicht nur Angebote zur Entwicklung der Zivilgesellschaft und

der Rechtsstaatlichkeit, betont die Fraktionssprecherin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Sibylle Pfeiffer. Ebenso wichtig seien die Förderung des Wirtschaftswachstums und der Aufbau eines besseren Bildungs- und Gesundheitssystems. Nur so könnten diese Länder stabilisiert werden.

### Stabilität Europas und des Euro liegen im deutschen Interesse

Gerda Hasselfeldt, die neue Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, meint, der Euro habe großen Anteil daran, dass Deutschland die Finanz- und Wirtschaftskrise im weltweiten Vergleich gut bewältigt hat. Sie erläutert die Maßnahmen zur Sicherung der Stabilität der gemeinsamen Währung, die der Europäische Rat am 24. und 25. März beraten hat.

# Nordafrika und der Nahe Osten im Umbruch

## Fachgespräch der Fraktion mit Vertretern aus der Region

Welche Ursachen haben die Proteste und Aufstände in Nordafrika? Welche Möglichkeiten haben die deutsche und internationale Entwicklungspolitik, die Region zu stabilisieren? Diese und ähnliche Fragen standen im Mittelpunkt eines Fachgesprächs, das die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in dieser Woche im Reichstag veranstaltete. „Nordafrika und der Nahe Osten im Umbruch: Schlussfolgerungen für die Entwicklungspolitik“ lautete der Titel der Veranstaltung, bei der Vertreter aus der Region mit deutschen Wissenschaftlern vor mehr als 200 Zuhörern über die politischen Umwälzungen hin zu mehr Freiheit und Demokratie diskutierten. Moderiert wurde das Fachgespräch von Hardy Ostry von der Konrad-Adenauer-Stiftung.

### Perspektiven für junge Generationen

Christian Ruck, der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende, betonte, neben einem Mangel an Freiheit und Demokratie seien im Kern Arbeitslosigkeit, eine schlechte wirtschaftliche und soziale Lage der Menschen und damit verbundene Perspektivlosigkeit die Ursachen

des Aufbegehrens der überwiegend jungen Demonstranten. Eine hier ansetzende, gut koordinierte entwicklungspolitische Unterstützung von Seiten Europas böte der Region die Chance auf mehr Wohlstand. Eine engere Kooperation sei auch für beide Seiten von wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Nutzen.

Muriel Asseburg von der Stiftung Wissenschaft und Politik forderte, die EU müsse möglichst bald ihre Unterstützung konkretisieren. Dabei gehe es nicht unbedingt um ein substanziiell erhöhtes Finanzvolumen, sondern darum, wie das Geld ausgegeben werde. Es gehe auch um die Verbesserung des Marktzugangs für Firmen aus Nordafrika und um echte Mobilitätpartnerschaften, die den Menschen in der Region eine Chance zum wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Austausch böten.

### Fahrplan für Reformen benötigt

Professor Ahmed Driss aus Tunesien nannte als Ursachen der Bürgerproteste in seinem Land das infolge der internationalen Finanzkrise gesunkene Wachstum, extreme regionale Un-

terschiede zwischen Stadt und Land sowie die allgemeine Unzufriedenheit darüber, dass die Gesellschaft von der Willensbildung ausgeschlossen sei. Ehab Shalaby aus Ägypten erläuterte, der relativ friedliche Wandel in Tunesien habe der ägyptischen Bevölkerung die Angst genommen und Proteste gegen das oligarchische Wirtschaftssystem, gegen marktwirtschaftliche Reformen ohne soziales Sicherungsnetz und gegen die Wahlfälschung bei der letzten Parlamentswahl ausgelöst. Notwendig sei nun ein Fahrplan für die Reformen. Dann werde sich zeigen, ob sich die von der Jugend getragene Reformströmung, die Vertreter des alten Regimes oder die Muslim-Bruderschaft durchsetze.

### Schaffung von Arbeitsplätzen vorrangig

Große Einigkeit bestand bei allen Teilnehmern darüber, dass langfristige Reformen notwendig seien, dass etwa das Bildungssystem reformiert und mehr Rechtssicherheit garantiert werden müsse. Um Arbeitsplätze zu schaffen, müssten die Privatwirtschaft und insbesondere Klein- und Mittelunternehmen gefördert werden. Dabei müsse aber der soziale Ausgleich gewährleistet sein – entsprechend dem deutschen Modell der sozialen Marktwirtschaft. Auch Thomas Richter von GIGA, dem deutschen Institut für globale und regionale Studien, rückte die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Region an die Spitze des Aufgabenkatalogs. Dabei müsse jedoch sensibel vorgegangen werden. Nicht hilfreich sei es, ein neoliberales Wirtschaftssystem überzustülpen.

Der Unions-Entwicklungspolitiker Johannes Selle zog Parallelen zum Aufbau der neuen Bundesländer: Auch dort seien Erfolge beim Aufbau erst nach längerer Zeit sichtbar geworden. In jedem Fall sei es entscheidend, eine gute Regierungsführung zu erlangen und diese zu unterstützen.



Podiumsteilnehmer des Fachgesprächs Nahost/Nordafrika



# „Wir nehmen künftige EU-Beitrittskandidaten genau unter die Lupe“

**Mitglieder der Westbalkan-Arbeitsgruppe der Fraktion reisten in die Region – Wolfgang Götzer und Thomas Dörflinger zu Gesprächen in Zagreb**

Kroatien verhandelt seit knapp sechs Jahren mit der Europäischen Union über seinen Beitritt und befindet sich nun in der entscheidenden Endphase. Auf ihrer Reise nach Kroatien informierten sich die Abgeordneten Wolfgang Götzer und Thomas Dörflinger in einer Vielzahl von Gesprächen – unter anderem mit dem kroatischen Innenminister und dem Justizminister – darüber, ob das Westbalkan-Land alle von der EU geforderten Reformschritte nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Praxis umgesetzt hat. Ihre Eindrücke werden sie – wie auch die anderen Abgeordneten-Teams, die nach Albanien und Mazedonien gereist waren – schriftlich niederlegen, verbunden mit Empfehlungen für die Haltung der Gesamtfraktion. Die Westbalkan-Arbeitsgruppe hat der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Andreas Schockenhoff letztes Jahr ins Leben gerufen und koordiniert sie seitdem.



Wolfgang Götzer und Thomas Dörflinger zu Gast im kroatischen Innenministerium

Quelle: Ministerium für Innere Angelegenheiten der Republik Kroatien

Die Arbeitsgruppe umfasst insgesamt 14 Mitglieder aus den Ausschüssen Auswärtiges, Europa, Entwicklung und Verteidigung. Hintergrund sind die neuen Befugnisse, die sich aus dem Begleitgesetz zum Lissabon-Vertrag (EUZBBG) für den Bundestag im Hinblick auf EU-Beitrittsverhandlungen

ergeben. Vor einer Entscheidung im Rat soll nach § 10 (2) des Gesetzes in Zukunft „die Bundesregierung Einvernehmen mit dem Bundestag herstellen“. Dieser Aufgabe stellen sich die Mitglieder der Arbeitsgruppe mit ihren Erkundungsreisen aktiv, denn die Fehler, die beim Beitritt Rumäniens und Bulgariens begangen wurden, müssen in Zukunft auf jeden Fall vermieden werden.

Europa hat seit den Erweiterungen von 2004 und 2007 sowie mit der Einführung des Euro eine völlig neue Dimension der Integration gewonnen. Um die Bürger auf dem Weg der Weiterentwicklung der europäischen Integration weiterhin „mitzunehmen“, müssen zukünftige Schritte wie beispielsweise die Aufnahme eines neuen Mitglieds gut begründet sein. Deshalb ist es wichtig, dass neben der Bundesregierung auch die Fraktion Beitrittsprozesse verantwortungsvoll begleitet.

## Aufgaben in zäher Kleinarbeit abgearbeitet

Was sind nun die wichtigsten Schlussfolgerungen aus der Zagreb-Reise? Erstens: Kroatien hat die gesteigerten Anforderungen im Beitrittsprozess mit voller Wucht zu spüren bekom-



Der kroatische Innenminister Tomislav Karamarko, Wolfgang Götzer und Thomas Dörflinger

men. Die Europäische Kommission hat für Kroatien im laufenden Verhandlungsprozess eine neue, strenge Methodik entworfen, die das Land in zäher Kleinstarbeit gut abgearbeitet hat. Um die Bedingungen des letzten und schwierigsten Verhandlungskapitels „Justiz und Grundrechte“ zu erfüllen, unternimmt die Regierung in Zagreb derzeit fiebrige Anstrengungen. Und damit ist Kroatien bei der Umsetzung von EU-Standards – da sind sich alle Experten einig – schon jetzt deutlich weiter als Rumänien und Bulgarien seinerzeit.

Zweitens: Kroatien wird hinter das Erreichte nicht zurückfallen, sondern es wird die Harmonisierung mit EU-Standards und die Integration in die Europäische Union auch im eigenen Interesse weiter vorantreiben. Denn: Die ganze politische Elite steht seit Jahren geschlossen hinter dem Ziel des EU-Beitritts. Und auch die Bevölkerung hat mehrheitlich verinnerlicht, dass die Reformen, die für die Mitgliedschaft erforderlich sind, dem Wohle des Landes dienen.

# Über zehn Milliarden fuhren 2010 mit Bus und Bahn

Wiesbaden – Im Jahr 2010 nutzten in Deutschland fast 10,7 Milliarden Fahrgäste den Linienverkehr mit Bussen und Bahnen. Dies entspricht durchschnittlich fast 30 Millionen Personenfahrten am Tag. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilte, blieb die Zahl der Fahrgäste gegenüber 2009 nahezu konstant (+ 0,1 Prozent). Im Nahverkehr wurden im vergangenen Jahr je Fahrt durchschnittlich 9,3 Kilometer und im Fernverkehr 290 Kilometer zurückgelegt. Die Beförderungsleistung – das Produkt aus den beförderten Personen und der Fahrtweite – lag bei rund 135,5 Milliarden Personenkilometern und war damit 1,0 Prozent höher als 2009.

Im mittelfristigen Vergleich zeigt sich ein beständig leichter Zuwachs der Fahrgastzahlen. Gegenüber dem Jahr 2005 wurden im Linienverkehr 0,5 Milliarden mehr Fahrgäste registriert (+ 4,9 Prozent). Hierzu trugen mit deutlichen Zuwächsen die Eisenbahnen (Nahverkehr: + 11,5 Prozent; Fernverkehr: + 6,1 Prozent) und die Straßenbahnen (+ 7,1 Prozent) bei, während die Fahrgastzahlen im Omnibusnahverkehr stagnierten.

Im Nahverkehr beförderten die Unternehmen im Jahr 2010 rund 10,6 Milliarden Fahrgäste (unverändert im Vergleich zu 2009). Dabei wurde der Omnibusnahverkehr mit 5,2 Milliarden Fahrgästen (– 0,7 Prozent) seltener genutzt. Der Straßen-, Stadt- und U-Bahnverkehr hat mit 3,7 Milliarden beförderten Personen (+ 0,2 Prozent) nur leicht zugenommen. Dagegen konnte der Nahverkehr mit Eisenbahnen (einschließlich S-Bahnen) starke Zuwächse um 2,0 Prozent auf über 2,2 Milliarden Fahrgäste verzeichnen. Auch der Fernverkehr mit Eisenbahnen blieb mit 126 Millionen Reisenden (+ 2,4 Prozent) deutlich über dem Vorjahresergebnis.

Wie die FDP brauchen wir auch unbedingt einen Generationswechsel in unserer Führung. Ich schlage deshalb Oskar als neuen Parteivorsitzenden vor !!



Zeichnung: Stuttmann

## Die Fraktion und ihre Mitglieder

Der CSU-Abgeordnete **Ernst Hinsken** ist neuer Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie. Der 68-Jährige aus dem niederbayerischen Wahlkreis Straubing folgt dem zum Bundestagsvizepräsidenten gewählten Eduard Oswald nach. Hinsken ist Mitglied des CDU/CSU-Fraktions-

vorstandes. Von 1990 bis 1997 war er wirtschafts- und verkehrspolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe, 1998 parlamentarischer Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium. In der Zeit der Großen Koalition fungierte er als Tourismusbeauftragter der Bundesregierung.

### „Fraktion direkt“ bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter [www.cducusu.de/newsletter](http://www.cducusu.de/newsletter) abonnieren.

### Termine

- 13. April 2011 Fachgespräch: Die Zukunft der Windenergie in Deutschland
- 9. Mai 2011 Kongress: 10 Jahre Sozialgesetzbuch IX

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet ➔ [www.cducusu.de](http://www.cducusu.de)  
 Der Blog der CDU/CSU-Fraktion ➔ [blogfraktion.de](http://blogfraktion.de)  
 Der Podcast von Volker Kauder ➔ [ikauder.cducusu.de](http://ikauder.cducusu.de)  
 Fraktion direkt ➔ [www.cducusu.de/fd](http://www.cducusu.de/fd)  
 (Bitte auf den Pfeil klicken.)



[www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion](http://www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion)



[www.youtube.com/cducusu](http://www.youtube.com/cducusu)



[twitter.com/cducusubt](http://twitter.com/cducusubt)